

→ und im rechtlichen Rahmen eines Firmenmantels bleiben dagegen unberührt.

Steinbrücks Vorbild sind die USA, die mit ihren Strafverfolgungsbehörden Steueroasen massiv unter Druck setzen. Die Amerikaner haben bereits erreicht, dass Schweizer Banken sie über die Geschäfte von US-Bürgern informieren – und gegebenenfalls eine Quellensteuer von 28 Prozent abführen müssen.

Washington hatte gedroht, andernfalls den Instituten dieser Länder die Lizenz für die Vereinigten Staaten zu entziehen – und brach so den Widerstand der Eid-

genossen. Für viele amerikanische Kunden der Großbank UBS wird das Bankgeheimnis der Schweiz damit zur Falle.

Auf Forderung der US-Steuerbehörde Internal Revenue Service wird die Bank rund 19000 US-Bürgern ihre außerhalb der USA geführten Konten kündigen. Gleichzeitig werden auch die Beamten der zuständigen Steuerbehörde von der Existenz der – zumeist heimlichen – Auslandsvermögen erfahren.

Milliardenversteckt. „Der Fall hat inzwischen Ausmaße erreicht, die das gan-

ze Bankgeheimnis in Gefahr bringen“, sagt Steuerberater Anton-Rudolf Götzenberger aus Halfing, der auf Vermögensverlagerung spezialisiert ist. US-Anleger müssen mit Anklage wegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche rechnen.

In noch größerer Dimension könnte es deutschen Steuerschummelern an den Krallen gehen, sollte sich Steinbrück mit seiner Gesetzesinitiative durchsetzen: „Rund 200 Milliarden Euro Schwarzgeld haben Bundesbürger weiterhin auf Schweizer Konten und Depots versteckt“, schätzt Dieter Ondracek, Vorsitzender der deut-



Lorenz Jarass | Wirtschaftswissenschaftler an der Fachhochschule Wiesbaden

„Steueroasen schwächen den Finanzplatz Frankfurt“

Der Spezialist für internationale Steuerfragen Lorenz Jarass, 57, berät die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Deutschen Bundestag

€uro: Wie sehen Sie das: Könnte Deutschland als Wirtschaftsstandort durch Steinbrücks Gesetzesinitiative gegen die Steueroasen großen Schaden erleiden? Isolieren wir uns nicht gar?

Lorenz Jarass: Nein, ganz im Gegenteil: Die Bundesrepublik isoliert sich nicht, sondern gerade die Länder, die internationale Mindeststandards nicht einhalten wollen, werden isoliert. Wer das Gesetzesvorhaben des Bundesfinanzministers blockiert, setzt sich dem Verdacht aus, dass er langfristig keine effektiven Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung einführen will – um so den Druck in Deutschland aufrecht zu erhalten, die Steuersätze für Unternehmen und große Einkommen noch weiter zu senken.

€uro: Sie unterstützen das Vorhaben?

Jarass: Das Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz stellt eine systematische und sehr effektive Maßnahme zur Austrocknung der Steueroasen dar. Dadurch wird der Finanzplatz Deutschland – vor allem Frankfurt – gestärkt. Die Konkurrenz, die internationalen Auskunft-Mindeststandards in Steuer-sachen nicht entsprechen will und damit einen unfairen Wettbewerbsvorteil hat, würde sich verkleinern – oder zur Einhaltung dieser Standards angehalten. Gleiches gilt für die – allerdings häufig fast vernachlässigbare – Realwirtschaft der Steueroasen. Auch hier würde eine unfaire Wettbewerbssituation durch die Gesetzesinitiative zurechtgerückt.

€uro: Peer Steinbrück braucht die Geschlossenheit der Europäischen Union, um Auskunftsmöglichkeiten, wie sie nun die USA in der Schweiz haben, durchzusetzen. Sehen Sie einen Weg, die EU-Blockade im Kampf gegen die Steueroasen zu knacken?

Jarass: Nein. In der EU sitzen mit Österreich, Belgien und Luxemburg drei Bremser mit am Tisch. Warum sollten die kleinen Länder ihren unfairen Wettbewerbsvorteil freiwillig aufgeben?

€uro: Auch die Unionsfraktion blockiert Steinbrücks Gesetzesinitiative. Könnte sie ihre Meinung noch ändern?

Jarass: Der Druck wird steigen, das Thema im Bundestagswahlkampf auszuschlagen. Frau Merkel wäre gut beraten, die Gesetzesinitiative zu stützen.

€uro: Kann das Schweizer Bankgeheimnis in seiner derzeitigen Form aufrecht erhalten werden?

Jarass: Formal nicht, de facto ja. Es wird so wie bei der EU-Zinsrichtlinie kommen: Die Schweizer werden formal zustimmen, aber im Ergebnis wird sich nichts ändern. Übrigens: Deutschland ist in Bezug auf Nicht-EU-Ausländer auch eine Steueroase. Es gibt keine Quellensteuer – und Auskunft in Steuersachen erteilen deutsche Steuerbehörden hier de facto nur in sehr seltenen Fällen.